

Allgemeine Vertragsbedingungen (AVB)
zum Vertrag für das
Wohnen mit Pflege und Betreuung
Gültig ab 1. Januar 2024

Inhaltsverzeichnis

1	Allgemeines.....	4
1.1	Einleitung	4
1.2	Ziel und Zweck	4
2	Leistungen des Wohnen mit Pflege und Betreuung.....	4
2.1	Allgemeines.....	4
2.2	Im Heimtarif enthaltene Leistungen	4
2.2.1	Unterkunft	4
2.2.2	Verpflegung	4
2.2.3	Pflege und Betreuung	5
2.3	Im Tarif nicht enthaltene Leistungen.....	5
2.4	Leistungen und Kosten, die von den Vertragsnehmenden übernommen werden müssen .	5
3	Finanzielles	6
3.1	Heimtarif.....	6
3.1.1	Allgemeines	6
3.1.2	Tarifgestaltung / Tarifänderung	6
3.1.3	Pflegestufe / Einstufung	6
3.1.4	Besondere Tarifbestimmungen	6
3.2	Rechnungsstellung.....	6
3.2.1	Allgemein.....	6
3.2.2	Zahlungsverzug	7
3.3	Finanzierung	7
3.3.1	Ergänzungsleistungen	7
3.3.2	Hilflosenentschädigung.....	7
3.3.3	Radio- und Fernsehgebühren	7
3.3.4	Hilfsmittel.....	7
4	Vertragsformalitäten	7
4.1	Gesetzliche Grundlagen.....	7
4.2	Dauer und Kündigungsfrist	8
4.3	Kündigung.....	8
4.4	Auflösung	8
4.5	Interne Verlegung.....	8
4.6	Todesfall	8
4.7	Zimmerabgabe	8
5	Eintritt.....	8
5.1	Allgemein	8
5.2	Zimmerübergabe / Schlüsselabgabe	8
5.3	Ausstattung / Installationen	9
5.4	Fernseher.....	9
6	Wohnen und Leben	9
6.1	Zimmereinrichtung.....	9
6.2	Gemeinschaftsräume	9
6.3	Privateigentum / Wertsachen	9
6.4	Kleider und persönliche Wäsche	9
6.5	Versicherungen	9
6.6	Sicherheit und Zusammenleben	10
6.7	Haustiere.....	10
6.8	Besucherübernachtungen	10
7	Autonomie und Wohlbefinden	11
7.1	Allgemeines.....	11
7.2	Kontaktperson	11
7.3	Vollmacht (einfache Form der Vertretung).....	11
7.4	Vorsorgeauftrag (umfassende Form der Vertretung)	11

7.5	Patientenverfügung (Vertretung in medizinischen Belangen)	11
7.6	Vertretungsverhältnisse.....	12
8	Rechte und Pflichten	12
8.1	Aufklärung und Einsichtsrecht	12
8.2	Arzt / Apotheke und Medikamente.....	12
8.2.1	Arztwahl.....	12
8.2.2	Apotheke und Medikamente	12
8.3	Meldepflicht.....	12
9	Lebensqualität am Lebensende	13
9.1	Allgemein	13
9.2	Palliativkonzept	13
9.3	Ziele der Palliativ Care in der Stiftung Alpbach.....	13
9.4	Lebenserhaltende medizinische Massnahmen	13
10	Persönlichkeitsrecht und Datenschutz.....	13
10.1	Datenschutz	13
10.2	Schutz bei Urteilsunfähigkeit	14
10.3	Veröffentlichung von Bildern.....	14
11	Persönlichkeitsrecht und Datenschutz.....	14
11.1	Beschwerdestelle / Aufsichtsbehörden	14
11.2	Bestandteile des Vertrages	14
11.3	Änderungen der AVB	15
11.4	Inkrafttreten.....	15
11.5	Teilunwirksamkeit.....	15
11.6	Gerichtsstand	15

1 Allgemeines

1.1 Einleitung

Rechtsträgerin des Wohnen mit Pflege und Betreuung ist die Stiftung Alpbach. Die Stiftung Alpbach erfüllt die für Alters- und Pflegeheime vorgeschriebenen Anforderungen vollumfänglich. Sie verfügt über die erforderlichen baulichen und sicherheitstechnischen Einrichtungen, die entsprechend ausgebildeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die erforderliche Betriebsbewilligung. Das Wohnen mit Pflege und Betreuung ist konfessionell offen und wird politisch neutral geführt. Alle Vertragsnehmer haben die gleichen Rechte und Pflichten.

1.2 Ziel und Zweck

Unser Ziel ist ein professionelles öffentliches Betreuungs- und Pflegeangebot. Das Leben in der Stiftung Alpbach ist geprägt von Würde, Achtung und Individualität. Wir wollen eine innovative, fortschrittliche und kompetente Betreuung und Pflege. „Von Menschen für Menschen“ steht für eine individuelle, kompetente Begleitung und ist unser Kerngeschäft. Die Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB) regeln das Rechtsverhältnis zwischen den Vertragsnehmenden und dem Wohnen mit Pflege und Betreuung sowie vermitteln umfassende Informationen zum Wohnen und Leben.

2 Leistungen des Wohnen mit Pflege und Betreuung

2.1 Allgemeines

Die Stiftung Alpbach erbringt als Teilpauschalenheim seine Leistungen gegen Erhebung einer Grundtaxe und eines Pflegezuschlages, der auf Grund der individuellen Pflegebedürftigkeit nach dem Einstufungssystem BESA berechnet wird (siehe Ziffer 3.1.3).

2.2 Im Heimtarif enthaltene Leistungen

2.2.1 Unterkunft

- Einzelzimmer mit Dusche / WC, Pflegebett, Nachttisch, Einbauschränk, Notrufanlage im Zimmer
- Reinigung des Zimmers und der Nassräume
- Benutzung der Gemeinschaftseinrichtungen
- Heizung, Strom, Wasser und allgemeine Entsorgungskosten
- Radio- und Fernsehgebühren
- Frottier- und Bettwäsche einschliesslich deren Aufbereitung
- Aufbereitung der persönlichen Kleider, unter Vorbehalt von ausserordentlichen Ansprüchen
- Hausratsversicherung für Mobilien und Effekten im Zimmer (Feuer, Wasser, Einbruchdiebstahl). Ausgeschlossen sind Wertgegenstände wie Bargeld, Wertpapiere, Sparhefte, Edelmetalle, Münzen, Medaillen, Edelsteine, Schmuck, usw. (siehe Ziffer 6.5)
- Privathaftpflichtversicherung für den Aufenthalt in der Stiftung Alpbach (siehe Ziffer 6.5)

2.2.2 Verpflegung

- Vollpension mit altersgerechter Ernährung inkl. Zwischenverpflegung und ein Getränk pro Tag in der Cafeteria oder auf der Abteilung

2.2.3 Pflege und Betreuung

- Grund- und Behandlungspflege während 24 Stunden pro Tag
- Betreuung und Beratung
- Gespräche mit Angehörigen / Beratung von Angehörigen
- Benutzung / zur Verfügung stellen von einfachen Standardrollstühlen und Gehilfen
- Verbrauchs- und Pflegematerial gemäss der Liste der Mittel und Gegenstände (MiGel)
- Krankheitsbedingte Verpflegung im Zimmer
- Alltagsgestaltung gemäss Angebot (Ausflüge, Konzerte, Filmvorführungen, Turnen, Werken und Spielen, Vorlesen, Gottesdienste etc.)

2.3 Im Tarif nicht enthaltene Leistungen

- Nicht krankheitsbedingte Verpflegung im Zimmer (Zimmerservice)
- Individuell bestellte Getränke und Esswaren
- Kosten für Mahlzeiten von Gästen der Bewohnerinnen und Bewohner
- Transporte und Botengänge
- Telefonanschluss- und Gesprächsgebühren, Internetgebühren
- Kabelfernsehanschluss
- Zimmermöblierung (ausser bei Kurzaufenthalten)
- Einlagerung von Möbeln
- Reparaturen von persönlichem Eigentum
- Kleider- und Wäschebeschriftung (beim definitiven Eintritt obligatorisch, ausgeführt durch die Stiftung Alpbach)
- Chemische Reinigung, Näh- und Flickarbeiten
- Kleider-, Wäsche- und Schuhanschaffungen
- Coiffeur
- Nicht diabetische Fusspflege
- Persönliche Körperpflegeprodukte und Toilettenartikel, übrige persönliche Auslagen
- Von den Bewohnerinnen und Bewohner persönlich abonnierte Zeitungen und Zeitschriften
- Externe Veranstaltungen
- Eintritts- / Austrittspauschale
- Kosten für das Räumen des Zimmers bei Austritt / Todesfall
- Schlussreinigung bei Austritt / Todesfall

2.4 Leistungen und Kosten, die von den Vertragsnehmenden übernommen werden müssen

- Krankenkassenprämien sowie Franchise und Selbstbehalt
- Arzt-, Apotheker-, Spital- und Kurkosten, Medikamente, Brillen und Hörgeräte
- Zahnärztliche Untersuchungen und Behandlungen
- Persönliche Gebühren, Steuern, Versicherungen

3 Finanzielles

3.1 Heimtarif

3.1.1 Allgemeines

Der Heimtarif setzt sich zusammen aus einem Grundtarif (Infrastruktur, Betreuung und Hotellerie) und den Pflegekosten gemäss der ärztlich verordneten Pflegebedarfsstufe. Die Bewohnerin / der Bewohner bzw. deren gesetzliche Vertretungen verpflichten sich, den Heimtarif der jeweils gültigen Pflegebedarfsstufe gemäss der beiliegenden Preisliste zu bezahlen. Damit sind alle in den Heimtarifen enthaltenen Leistungen abgegolten.

3.1.2 Tarifgestaltung / Tarifänderung

Der Stiftungsrat legt in Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung den Grundtarif (Infrastruktur, Betreuung und Hotellerie) in Anlehnung an den Kanton in der Regel jährlich per 1. Januar für ein Kalenderjahr fest. Er kann diesen auch innerhalb des Jahres unter Wahrung einer einmonatigen Anzeigefrist auf Beginn eines Monats verändern.

3.1.3 Pflegestufe / Einstufung

Die Bewohnerin / der Bewohner wird gemäss den Vorgaben von BESA in eine der 12 Pflegebedarfsstufen eingestuft. Diese wird gemäss den Weisungen der Gesundheits- und Fürsorgedirektion vom Kanton Bern nach einer Beobachtungsphase erhoben und in der Folge einer halbjährlichen Erhebung überprüft. Eine Erhebung wird auch durchgeführt, wenn sich der Gesundheitszustand zwischenzeitlich erheblich verschlechtert / verbessert hat. Die Erhebungen werden jeweils durch Pflegefachpersonen durchgeführt und vom Arzt kontrolliert und bestätigt. Bei einer Einteilung in eine andere Pflegebedarfsstufe wird der Heimtarif sofort angepasst.

3.1.4 Besondere Tarifbestimmungen

Eintritt / Austritt

Für den Ein- und Austrittstag wird der volle Tarif verrechnet.

Reservation

Reservationsgebühren vor dem Eintritt wird gemäss Preisliste verrechnet.

Abwesenheiten

Bei Abwesenheiten infolge Spital- oder Kuraufenthalt sowie Ferienabwesenheit wird der Grundtarif in Rechnung gestellt.

3.2 Rechnungsstellung

3.2.1 Allgemein

Der Heimtarif sowie die zusätzlich zu verrechnenden Leistungen werden jeweils anfangs Folgemonat rückwirkend für den vergangenen Monat in Rechnung gestellt. Die Rechnung ist innert 10 Tagen ab dem Rechnungsdatum zu begleichen. Es besteht die Möglichkeit, diese mittels Lastschriftverfahren (LSV) zu bezahlen.

Die Stiftung Alpbach erstellt eine Rechnung für die von der Bewohnerin / dem Bewohner zu übernehmenden Leistungen. Die von der Krankenkasse und vom Kanton zu übernehmenden Leistungen werden direkt in Rechnung gestellt.

3.2.2 Zahlungsverzug

Ist die Rechnung bei Fälligkeit noch nicht bezahlt, erfolgt eine Zahlungserinnerung mit einer Frist von 10 Tagen. Nach Ablauf dieser Frist wird ein Verzugszins von 4 % und Administrationsgebühren von CHF 50.00 pro Mahnung erhoben.

Nach der letzten Mahnung, frühestens jedoch 90 Tage nach Fälligkeit, ist die Stiftung Alpbach berechtigt, den Vertrag sofort und ohne Einhaltung der einmonatigen Kündigungsfrist zu kündigen.

3.3 Finanzierung

Die Finanzierung des Wohnen mit Pflege und Betreuung erfolgt in der Regel aus dem eigenen Einkommen und Vermögen. Reichen diese Mittel nicht aus, können Ergänzungsleistungen beantragt werden. Wir raten dringend, die Finanzierbarkeit zu prüfen und allfällige Anträge an Dritte vorgängig zu stellen.

3.3.1 Ergänzungsleistungen

Ein Antrag auf Ergänzungsleistungen ist von der Bewohnerin / dem Bewohner oder dessen Angehörigen bei der örtlichen Ausgleichskasse einzureichen. Mit der ersten oder zweiten Rechnung erhält die Bewohnerin / der Bewohner ein Tarifaussweis zuhanden der Ausgleichskasse.

3.3.2 Hilflosenentschädigung

Wer für die alltäglichen Lebensverrichtungen seit mindestens einem Jahr dauernd auf die Hilfe Dritter angewiesen ist und dauernde Pflege sowie persönlicher Überwachung bedarf, kann Hilflosenentschädigung beantragen. Ein Antrag auf Hilflosenentschädigung ist von der Bewohnerin / dem Bewohner oder dessen Angehörigen einzureichen bei der IV-Stelle, Scheibenstrasse 70, 3014 Bern. Das Formular kann unter www.ivbe.ch heruntergeladen werden.

3.3.3 Radio- und Fernsehgebühren

Die Radio- und Fernsehgebühren werden von der Serafe AG erhoben. Die Stiftung Alpbach bezahlt als Alters- und Pflegeheim (Kollektivhaushalt) die Radio- und Fernsehgebühren für alle Bewohnerinnen und Bewohner.

3.3.4 Hilfsmittel

Für persönliche medizinisch indizierte Hilfsmittel und Geräte (Perücken, Hörgeräte, Lupenbrillen, Sprechhilfegeräte für Kehlkopfooperierte, Gesichtsepithesen, orthopädische Massschuhe, Rollstühle ohne Motor) können Beiträge der AHV erwirkt werden, sofern diese Kosten nicht in der Pauschale der Krankenkassen enthalten sind oder von diesen separat übernommen werden.

4 Vertragsformalitäten

4.1 Gesetzliche Grundlagen

Der Vertrag für das Wohnen mit Pflege und Betreuung stellt keinen Mietvertrag im Sinne von Art. 253ff. des Obligationenrechts dar. Der Tarif ist kein Mietzins und die Kündigungsschutzbestimmungen bei Wohnräumen sowie die Bestimmungen über die Erstreckung von Mietverhältnissen sind nicht anwendbar. Das Vertragsverhältnis ist persönlich und schliesst Untermieten aus. Fragen, die in dieser Vereinbarung nicht geregelt sind, werden nach den Bestimmungen des Auftragsrechts gemäss Art. 394ff des Obligationenrechts beurteilt.

4.2 Dauer und Kündigungsfrist

Der Vertrag für das Wohnen mit Pflege und Betreuung tritt mit der Unterzeichnung durch die Vertragsparteien in Kraft. Er ist auf unbestimmte Zeit abgeschlossen und kann von beiden Parteien jederzeit unter Einhaltung einer Frist von einem Monat auf das Ende eines Monats schriftlich gekündigt werden. Im Todesfall erlischt er ohne Kündigung am Tag der Zimmerräumung, spätestens 15 Tage nach dem Todestag.

4.3 Kündigung

Bis Vertragsende wird der volle Tarif verrechnet. Erfolgt der Austritt früher, wird bis Vertragsende der Grundtarif verrechnet.

4.4 Auflösung

Aus wichtigen Gründen, welche die Integration in den Heimalltag sehr erschweren oder verunmöglichen, kann der Vertrag per sofort und ohne Einhaltung der Kündigungsfrist durch die Stiftung Alpbach aufgelöst werden. Bei Abwesenheiten von mehr als 30 aufeinanderfolgenden Tagen kann der Vertrag von der Stiftung Alpbach mit einer Frist von 10 Tagen aufgelöst werden.

4.5 Interne Verlegung

Die Stiftung Alpbach behält sich vor, die Bewohnerin / den Bewohner in ein anderes Zimmer zu verlegen, wenn dies aus organisatorischen bzw. medizinischen und pflegerischen Gründen erforderlich ist (beispielsweise spezialisierte Betreuung und Pflege). Erfolgt der Wechsel auf Wunsch der Bewohnerin / des Bewohners bzw. der Angehörigen, wird eine Pauschale gemäss der Preisliste verrechnet.

4.6 Todesfall

Im Todesfall erlischt der Vertrag ohne Kündigung am Tag der Zimmerräumung, spätestens 15 Tage nach dem Todestag. Bis und mit Todestag wird der volle Tarif, für die restlichen Tage der Vertragsdauer der Grundtarif verrechnet. Das Zimmer ist innert 15 Tagen nach dem Todesfall zu räumen. Kommen die Angehörigen dieser Verpflichtung nicht nach, ist die Geschäftsführung berechtigt, auf Kosten der Angehörigen die Räumung des Zimmers vorzunehmen und sämtliche Gegenstände auf deren Kosten einzulagern.

4.7 Zimmerabgabe

Zeigen sich während des Aufenthalts oder bei der Auflösung des Vertrages und Abgabe des Zimmers übermässige Abnützungen, so müssen der Stiftung Alpbach die Kosten für die Wiederherstellung entschädigt werden. Der Schlüssel ist der Administration abzugeben, fehlende Schlüssel werden in Rechnung gestellt.

5 Eintritt

5.1 Allgemein

Der Eintritt in das Wohnen mit Pflege und Betreuung ist grundsätzlich ab der Pflegestufe 3 erwünscht. Die Aufnahmekriterien sind im Betreuungs- und Pflegekonzept näher beschrieben. Beim Eintritt wird ein obligatorisches Foto der Bewohnerin / des Bewohners für die elektronische Krankenakte, Medikamentenkarte und die Zimmerbeschriftung gemacht.

5.2 Zimmerübergabe / Schlüsselabgabe

Das Zimmer und Mobiliar wird in einem guten, intakten und sauberen Zustand übergeben. Allfällige Mängel sind schriftlich festzuhalten. Beim Eintritt in die Stiftung Alpbach werden auf Wunsch ein Zimmerschlüssel (für die Türe und abschliessbare Schublade) übergeben. Die Stiftung Alpbach verfügt über einen Schlüssel zu allen Zimmern.

5.3 Ausstattung / Installationen

Das Zimmer ist mit einem Telefon- und Kabelfernsehanschluss ausgestattet. Die Zimmer sind an der Telefonanlage der Stiftung Alpbach angeschlossen. Eine Abrechnung der Gesprächsgebühren erfolgt ohne Aufschlag nach Swisscom Tarifen. Es ist nicht möglich TV und Internet von Swisscom, Sunrise oder UPC Cablecom zu installieren. Eine Installation ist nur mit Kabelfernsehen Bödeli möglich. Die Kosten für die Anmeldung, Abmeldung und Installation von TV Boxen und Internetroutern sind von der Bewohnerin / dem Bewohner zu tragen und zu organisieren.

5.4 Fernseher

Es besteht die Möglichkeit einen Fernseher der Stiftung Alpbach zu mieten. Im Mietpreis gemäss Preisliste sind die Installation, Betreuung und allfällige Updates inbegriffen. Bei privaten Fernseher muss die Bewohnerin / der Bewohner selber eine externe Fachperson avisieren.

6 Wohnen und Leben

6.1 Zimmereinrichtung

Das Zimmer kann neben der Grundausstattung (Pflegebett, Nachttisch, Einbauschränk und Leselampe, teils TV-Gerät gemäss Ziffer 5.4.) mit eigenen Möbeln eingerichtet werden. Es ist darauf zu achten, dass Reinigungsarbeiten und Pflegeleistungen nicht behindert werden. Der Zugang für die Mitarbeitenden der Reinigung und Pflege muss jederzeit gewährleistet sein, um die internen Hygierichtlinien einhalten zu können. Der Unterhalt und Ersatz des persönlichen Mobiliars ist Sache der Vertragsnehmenden. Falls keine eigenen Möbel organisiert werden können, stehen Möbel der Stiftung Alpbach zur Zimmereinrichtung zur Verfügung. Für die Benützung dieser Möbel wird monatlich eine Miete gemäss Preisliste verrechnet.

6.2 Gemeinschaftsräume

Alle Gemeinschaftsräume (Cafeteria, Terrassen, Aufenthaltsräume etc.) stehen allen Bewohnerinnen und Bewohnern zur Verfügung.

6.3 Privateigentum / Wertsachen

Die Vertragsnehmenden sind für die Sicherheit der mitgebrachten Gegenstände und Wertsachen verantwortlich, die Geschäftsführung lehnt jede Haftung ab. Wir empfehlen, grössere Geldbeträge und Wertsachen ausserhalb der Stiftung Alpbach (Bank) zu deponieren.

6.4 Kleider und persönliche Wäsche

Beim Eintritt wird die Kleidung in der hausinternen Wäscherei mit dem Namen gekennzeichnet. Dieser Aufwand wird in Rechnung gestellt. Das Kennzeichnen der Wäsche ist obligatorisch, wenn die Wäsche in unserer Wäscherei gewaschen wird. Die Aufbereitung der Wäsche ist im Tarif inbegriffen, die chemische Reinigung geht zu Lasten der Bewohnerin / des Bewohners. Das Waschen und Trocknen der Wäsche in den Zimmern ist nicht erlaubt.

6.5 Versicherungen

Mobilien und Effekten im Zimmer (Feuer, Wasser, Einbruchdiebstahl) sind über die Hausratsversicherung der Stiftung Alpbach versichert. Aufgrund des umfangreichen Deckungsumfangs wird empfohlen, die persönliche Versicherungsdeckung der Bewohnenden entsprechend anzupassen oder aufzuheben. Zu beachten ist, dass Schmuck und Geldbeträge nicht in der Hausratsversicherung der Stiftung Alpbach inbegriffen sind. Es wird empfohlen, eine private Hausratsversicherung abzuschliessen, wenn Wertgegenstände wie Kunstobjekte einen Wert von CHF 20'000.- übersteigen.

<u>Deckung</u>	<u>Versicherungssumme</u>	<u>Selbstbehalt</u>
• Feuer	zum Vollwert	CHF 1'000
• Elementar	zum Vollwert	10% der Entschädigung mind. CHF 2'500, max. CHF 50'000
• Wasser	zum Vollwert	CHF 1'000
• Einbruchdiebstahl	zum Vollwert	CHF 1'000
• Einfacher Diebstahl	bis CHF 20'000	CHF 2'000
• Geldwerte Einbruch	bis CHF 5'000	CHF 1'000
• Glasbruch	zum Vollwert	CHF 200
• Kunst-/Sammelobjekte	bis CHF 200'000	kein Selbstbehalt

Schadenersatzansprüche der Bewohnerinnen und Bewohner untereinander sowie Schäden an den Zimmern oder an anderen Räumlichkeiten und Einrichtungen der Stiftung Alpbach sind über die Privathaftpflicht der Stiftung Alpbach versichert. Der Selbstbehalt beträgt CHF 200.00.

6.6 Sicherheit und Zusammenleben

Für die Sicherheit und das Zusammenleben braucht es einige verbindliche Regelungen:

- Das Rauchen ist in allen Räumen der Stiftung Alpbach verboten. Ausnahmen sind der Raucherraum im Höpithüüs sowie die Balkone und Terrassen.
- Der Konsum und / oder der Handel von illegalen Drogen ist nicht erlaubt.
- Es dürfen nur ärztlich verordnete Medikamente eingenommen werden.
- Gewaltanwendung, Bedrohung und / oder sexistische, rassistische oder andere beleidigende Äusserungen werden nicht toleriert.
- Die Nachtruhe (von 22.00 – 06.00 Uhr) ist einzuhalten. Alle Geräte sind in dieser Zeit auf Zimmerlautstärke einzustellen.
- Das Anzünden von Kerzen (Ausnahme LED-Kerzen) und der Gebrauch von Kochapparaten, Tauchsiedern etc. in den Zimmern sind nicht erlaubt.

Zur Vermeidung von Stolperunfällen wird empfohlen, auf lose Teppiche zu verzichten. Die Haustüren werden nachts automatisch verschlossen.

Gravierende Verstösse gegen diese Vorgaben, anhaltende Missachtung oder fehlende Bereitschaft zur kooperativen Mitarbeit können Sanktionen zur Folge haben.

Bei Notfällen und Unterhaltsarbeiten ist die Stiftung Alpbach berechtigt, die Zimmer auch bei Abwesenheit der Bewohnerin / des Bewohners zu betreten.

6.7 Haustiere

Es dürfen nur Kleintiere in Käfigen oder Fische in Aquarien mitgenommen werden und erfordern die Genehmigung der Geschäftsführung. Hunde und Katzen sind nicht erlaubt. Der Aufenthalt des Tieres ist nur solange erlaubt, wie die Vertragsnehmenden selbständig für das Tier sorgen können und die anderen Vertragsnehmenden nicht gestört werden. Verändert sich der Gesundheitszustand der Vertragsnehmenden und können sie selber das Tier nicht mehr betreuen, sind die Angehörigen, die Kontaktperson oder der gesetzliche Vertreter für eine Umplatzierung des Tieres verantwortlich.

6.8 Besucherübernachtungen

Grundsätzlich ist es, ausser in der Lebensendphase, Angehörigen und Freunden nicht gestattet, bei der Bewohnerin / dem Bewohner zu übernachten.

7 Autonomie und Wohlbefinden

7.1 Allgemeines

Wir setzen uns für eine grösstmögliche Autonomie im Alltag ein, fördern die Eigenverantwortlichkeit und stellen das Selbstbestimmungsrecht in den Vordergrund. Wir empfehlen deshalb, sich noch vor dem Eintritt in das Wohnen mit Pflege und Betreuung mit dem Problem einer Urteils- oder Handlungsunfähigkeit auseinanderzusetzen.

7.2 Kontaktperson

Vor dem Eintritt ins Wohnen mit Pflege und Betreuung ist eine Kontaktperson zu bestimmen, welche die persönliche Betreuung und Beratung der Bewohnerin / des Bewohners übernimmt und gegebenenfalls auch als deren gesetzlichen Vertreter handeln kann.

7.3 Vollmacht (einfache Form der Vertretung)

Mittels einer Vollmacht (schriftliches Dokument) kann eine urteilsfähige Person als Vollmachtgeber einen Vollmachtnehmenden ermächtigen, ihn in definierten Angelegenheiten zu vertreten.

7.4 Vorsorgeauftrag (umfassende Form der Vertretung)

Jede handlungsfähige Person kann in einem Vorsorgeauftrag festlegen, wer sich im Fall ihrer Urteilsunfähigkeit um ihre Bedürfnisse in den folgenden 3 Lebensbereichen kümmern soll:

- Die Personensorge umfasst Hilfe im Alltag und die Befugnis, über medizinische und pflegerische Behandlungen zu entscheiden.
- Die Vermögensvorsorge umfasst die Verwaltung von Einkommen, Vermögen und des Zahlungsverkehrs.
- Die Vertretung bei rechtlichen Angelegenheiten umfasst das Eingehen oder Auflösen von Verträgen.

Die Vertretung kann umfassend gelten oder beschränkt werden. Der Vorsorgeauftrag muss entweder von Hand geschrieben, datiert und unterzeichnet oder durch einen Notar öffentlich beurkundet werden.

Der Vorsorgeauftrag wird dann wirksam, wenn die Person, die ihn abgeschlossen hat, urteilsunfähig geworden ist. Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) prüft im Fall der Urteilsunfähigkeit, ob der Vorsorgeauftrag gültig, die betreffende Person tatsächlich urteilsunfähig geworden und die beauftragte Person für ihre Aufgaben geeignet ist. Ebenfalls klärt die KESB ab, ob weitere Massnahmen des Erwachsenenschutzes nötig sind und schreitet ein, wenn die Interessen der urteilsunfähigen Person gefährdet sind.

7.5 Patientenverfügung (Vertretung in medizinischen Belangen)

Mit einer Patientenverfügung kann eine urteilsfähige Person festlegen, welchen medizinischen und pflegerischen Massnahmen sie im Falle einer Urteilsunfähigkeit zustimmt und welche sie ablehnt. Sie kann auch eine Person bezeichnen, die an ihrer Stelle über diese Massnahme entscheiden soll. Die Patientenverfügung muss schriftlich errichtet, datiert und unterschrieben werden. Sie kann jederzeit geändert werden und sollte mindestens alle 2 Jahre neu überdacht und unterschrieben werden.

7.6 Vertretungsverhältnisse

Kategorien gemäss neuem Erwachsenenschutzrecht

- *Bevollmächtigter Vertreter*: Von der betreffenden Person mittels Vollmacht, Vorsorgeauftrag oder Patientenverfügung selber bestimmt = eigene Vorsorge
- *Behördlicher Vertreter: Beistand*. Von der KESB eingesetzt = staatliche Massnahme
- *Gesetzlicher Vertreter*: Ehegatten sowie eingetragene Partner haben gemäss Gesetz ein gegenseitiges Vertretungsrecht. Bei *medizinischen Massnahmen* können auch Angehörige und Bezugspersonen in einer gesetzlich genau festgelegten Reihenfolge mitbestimmen:
 1. Die in einer Patientenverfügung oder in einem Vorsorgeauftrag bezeichnete Person
 2. Der Beistand mit einem Vertretungsrecht bei medizinischen Massnahmen
 3. Wer als Ehegatte oder eingetragener Partner einen gemeinsamen Haushalt mit der urteilsunfähigen Person führt oder ihr regelmässig und persönlich Beistand leistet
 4. Die Person, die einen gemeinsamen Haushalt mit der urteilsunfähigen Person führt, oder ihr regelmässig und persönlich Beistand leistet
 5. Die Nachkommen, wenn sie der urteilsunfähigen Person regelmässig und persönlich Beistand leisten
 6. Die Eltern, wenn sie der urteilsunfähigen Person regelmässig und persönlich Beistand leisten
 7. Die Geschwister, wenn sie der urteilsunfähigen Person regelmässig und persönlich Beistand leisten

8 Rechte und Pflichten

8.1 Aufklärung und Einsichtsrecht

Die Bewohnerin / der Bewohner hat das Recht, durch eine Fachperson vollständig, angemessen und verständlich über den Gesundheitszustand, den Umfang einer Massnahme und über Behandlungsalternativen aufgeklärt zu werden. Ausser in Notfällen müssen die Bewohnerinnen / die Bewohner nach einer vorgängigen Aufklärung der Massnahme zugestimmt haben. Die Bewohnerin / der Bewohner hat das Recht, Einsicht in alle sie betreffenden Behandlungsunterlagen zu erhalten.

8.2 Arzt / Apotheke und Medikamente

8.2.1 Arztwahl

Die Bewohnerinnen und Bewohner haben freie Arztwahl. Bei Bedarf übernimmt der Hausarzt die medizinische Versorgung. Psychiatrische Themen übernimmt der vertragskonsiliarärztliche Dienst der Privatklinik Meiringen.

8.2.2 Apotheke und Medikamente

Für die pharmazeutische Betreuung und die Kontrolle des Wohnens mit Pflege und Betreuung ist die Vertragsapotheker Spitäler fmi verantwortlich. Die Bestellung der Medikamente der Bewohnerin / des Bewohners wird ausschliesslich von den Fachpersonen über die Vertragsapotheker vorgenommen.

8.3 Meldepflicht

Bei längerer Abwesenheit tagsüber (oder beim Verlassen des Areals der Stiftung Alpbach) sind die Mitarbeitenden der Betreuung und Pflege über das Ziel und die voraussichtliche Rückkehrzeit zu informieren. Abwesenheiten über Nacht müssen ebenfalls gemeldet werden.

9 Lebensqualität am Lebensende

9.1 Allgemein

Gemäss den „Nationalen Leitlinien Palliativ Care“ umfasst Palliativ Care die Betreuung und die Behandlung von Menschen mit unheilbaren, lebensbedrohlichen und / oder chronisch fortschreitenden Krankheiten. Sie wird vorausschauend mit einbezogen, ihr Schwerpunkt liegt aber in der Zeit, in der die Kuration der Krankheit als nicht mehr möglich erachtet wird und kein primäres Ziel mehr darstellt. Bewohnerinnen und Bewohnern wird eine ihrer Situation angepasste optimale Lebensqualität bis zum Tode gewährleistet und die nahestehenden Bezugspersonen werden angemessen unterstützt und mit einbezogen. Die Palliativ Care beugt Leiden und Komplikationen vor. Sie schliesst medizinische Behandlungen, pflegerische Interventionen sowie psychologische, soziale und spirituelle Unterstützung mit ein.

9.2 Palliativkonzept

Im Palliativkonzept der Stiftung Alpbach steht der Mensch mit seinen Grundbedürfnissen, sich geborgen zu fühlen und sich in seiner ureigenen Rolle als akzeptiert zu wissen, im Vordergrund. Die Stiftung Alpbach orientiert sich an den vier Grundprinzipien ethischen Handelns nach Beauchamps / Childress. Die zentralen Spannungsfelder liegen in der Zielsetzung von Palliativ Care: das Leben zu bejahen und gleichzeitig das Sterben als normalen Prozess anzusehen, den Tod weder zu beschleunigen noch zu verzögern.

9.3 Ziele der Palliativ Care in der Stiftung Alpbach

- Leben bis zuletzt
- Ein optimales Nebeneinander zwischen kurativen (heilende) und palliativen Massnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität

9.4 Lebenserhaltende medizinische Massnahmen

Im Wohnen mit Pflege und Betreuung wird davon ausgegangen, dass die medizinischen Massnahmen nicht mehr primär der Lebenserhaltung, sondern der bestmöglichen Beschwerdelinderung dienen sollen. Grundsätzlich gehen wir in der Stiftung Alpbach von einem Reanimation-Nein Status aus (keine Herzmassage bei akutem Herzversagen). **Der Wille der betroffenen Person ist jedoch die wichtigste Entscheidungsgrundlage.** Daher wird dringend empfohlen, rechtzeitig eine Patientenverfügung zu verfassen.

10 Persönlichkeitsrecht und Datenschutz

10.1 Datenschutz

Die Bewohnerin / der Bewohner nimmt zur Kenntnis und ist damit einverstanden, dass persönliche Daten über den Gesundheitszustand im Rahmen der Bedarfsklärung erhoben und gemäss den gesetzlichen Bestimmungen aufbewahrt werden. Die Stiftung Alpbach verpflichtet sich, persönliche Daten gemäss Datenschutzgesetz zu behandeln. Zudem hat die Bewohnerin / der Bewohner davon Kenntnis, dass dem Krankenversicherer auf dessen Verlangen Unterlagen zur Überprüfung seiner Leistungspflicht zugestellt werden. Darin sind Daten über den Gesundheitszustand ersichtlich, zu deren Herausgabe die Stiftung Alpbach gemäss Krankenversicherungsgesetz verpflichtet ist. Die Bewohnerin / der Bewohner kann verlangen, dass diese Unterlagen nur dem Vertrauensarzt oder der Vertrauensärztin des Krankenversicherers zugestellt werden.

10.2 Schutz bei Urteilsunfähigkeit

Das Wohnen mit Pflege und Betreuung verpflichtet sich, die Bewegungsfreiheit von urteilsunfähigen Bewohnerinnen / Bewohnern nur einzuschränken, wenn weniger einschneidende Massnahmen nicht ausreichen oder von vorneherein als ungenügend erscheinen. Auch müssen diese Massnahmen dazu dienen, eine ernsthafte Gefahr für das Leben oder die körperliche Integrität der Bewohnerin / des Bewohners oder Dritter abzuwenden oder eine schwerwiegende Störung des Gemeinschaftslebens des Wohnens mit Pflege und Betreuung zu beseitigen. Vor der Einschränkung der Bewegungsfreiheit wird der Bewohnerin / der Bewohner und einer allfälligen Vertretungsperson die Massnahme erklärt. In einem Protokoll werden der Zweck, die Art und die Dauer der Massnahme festgehalten. Die Vertretungsperson kann gegen diese Massnahme jederzeit bei der Erwachsenenschutzbehörde schriftlich und ohne Wahrung von Fristen Beschwerde einreichen.

Die Stiftung Alpbach verpflichtet sich, die Persönlichkeit einer urteilsunfähigen Person zu schützen und fördert soweit als möglich die Kontakte gegen aussen. Die Institution ist verpflichtet, bei abnehmender Urteilsfähigkeit und / oder fehlender Betreuung die Erwachsenenschutzbehörde (KESB) zu benachrichtigen. Besteht bereits eine Massnahme des Erwachsenenschutzes oder wird diese neu errichtet, ist die durch einen Vorsorgeauftrag legitimierte Person verpflichtet, der Geschäftsführung eine Kopie der Urkunde auszuhändigen.

10.3 Veröffentlichung von Bildern

Die Bewohnerin / der Bewohner erklärt sich mit der Verwendung von Fotos einverstanden, welche zum Beispiel an festlichen Anlässen aufgenommen werden, namentlich für Publikationen in Printmedien, an Aushängen und online (z.B. Webseite, Social Media). Die Bilder werden allenfalls auch über den Tod hinaus verwendet. Wird eine Verwendung nicht gewünscht, muss dies schriftlich der Administration mitgeteilt werden. Die Stiftung Alpbach lehnt allfällige Rechtsansprüche ausdrücklich ab.

11 Persönlichkeitsrecht und Datenschutz

11.1 Beschwerdestelle / Aufsichtsbehörden

Die Bewohnerin / der Bewohner kann sich formlos bei der Geschäftsführung gegen unangemessene Behandlung beschweren. Bei Personen, die ihre Rechte nicht selber wahrnehmen können, steht dieses Recht ihren Angehörigen oder den mit ihrer gesetzlichen Vertretung betrauten Personen oder Behörden zu. Finden Sie bei dieser Stelle kein Gehör, kann das weitere Vorgehen gemäss folgender Kaskade gewählt werden:

- Stiftungsrat (Kontaktangaben siehe Webseite)
- Stiftung Bernische Ombudsstelle für Alters-, Betreuungs- und Heimfragen
Tel. 031 372 27 27, www.ombudsstellebern.ch, info@ombudsstellebern.ch
- KESB Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Oberland Ost, Schloss 11, 3800 Interlaken,
Tel. 031 635 22 25, info.kesb-oo@jgk.be.ch
- Aufsichtsrechtliche Beschwerde:
Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion des Kantons Bern, Alters- und Behindertenamt, Rathausgasse 1, 3000 Bern 8, Tel. 031 633 42 83, info.alba@be.ch

11.2 Bestandteile des Vertrages

Die Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB), die Preisliste für das Wohnen mit Pflege und Betreuung sowie das Betreuungs- und Pflegekonzept gelten als integrierte Bestandteile des Vertrages.

11.3 Änderungen der AVB

Änderungen der Allgemeinen Vertragsbedingungen oder der Preise werden dem Vertragsnehmer einen Monat vor dem Inkrafttreten mitgeteilt.

11.4 Inkrafttreten

Die Allgemeinen Vertragsbedingungen treten für jeden Neuvertrag im Wohnen mit Pflege und Betreuung in Kraft.

11.5 Teilunwirksamkeit

Sollten sich Bestimmungen des Vertrages oder der Allgemeinen Vertragsbedingungen als rechtlich unzulässig oder sachlich nicht vollziehbar erweisen, berührt dies die Gültigkeit der übrigen Vertragsbestimmungen nicht.

11.6 Gerichtsstand

Gerichtsstand ist Thun (Oberland).

Diese Allgemeinen Vertragsbedingungen wurden durch den Stiftungsrat genehmigt.

Stiftungsratspräsident der Stiftung Alpbach



Adolf Graber

Geschäftsführung der Stiftung Alpbach



Daniel Oberli